

Fadegrad



von
René Isler

Grün-sozialistische Ideologie vernichtet Arbeitsplätze

Praktisch unter dem Radar der linksgesteuerten Medien gaben kürzlich in meiner Wohnstadt Winterthur die beiden weltbekannten Unternehmen, Zimmer Biomet und Wärtsilä, bekannt, dass sie den Industriestandort Winterthur verlassen und in die Kantone Zug bzw. Frauenfeld ziehen werden. Während die öko-sozialistische Stadtratsmehrheit sich dahin äussert, die Firmen ziehen nur wegen steuerlicher Vorteile von Winterthur weg, liegt der wahre Grund vor allem bei der Verhinderung und verblendeten Öko-Politik der ideologisch gefärbten Stadtregierung. Auf dem ehemaligen Areal der Firma Sulzer AG in Oberwinterthur haben sich nebst den genannten Firmen auch Stadler Rail, Burckhardt Compression und weitere Unternehmen angesiedelt. Es handelt sich demnach weitgehend um Industriebetriebe, die nebst qualifizierten Arbeitsplätzen auch für gesunde Steuererträge sorgen. Statt sich mit aller Energie um diese Firmen zu kümmern, sehen die Birkenstock-Kommunisten ihre Prioritäten nur darin, mitten im Industriegebiet Alleen, Parkanlagen, Begegnungszonen, Weiher und Kulturräume zu schaffen. So verwundert nicht, dass die besorgten Unternehmen seit Jahren eindringlich postulieren, die Verkehrswege zu und ab ihren Werkstätten nicht noch mehr durch sinnlose Verkehrsberuhigungsmassnahmen zu beeinträchtigen und teils unpassierbar umzugestalten. Wenn stattdessen die Öko-Sozialisten den Unternehmen vorschreiben, wie viele Parkplätze die Unternehmen für ihre im Schichtdienst tätige Arbeiterschaft zur Verfügung stellen darf, ist irgendwann der Zeitpunkt gekommen, wo man sich nach einem anderen Standort umsehen muss. Man darf gespannt sein, wie lange Stadler Rail noch in Winterthur bleibt, sucht doch die Firma von Peter Spuhler seit Jahren verzweifelt nach mehr Industrieland, weil die jetzigen Werkhallen in Oberwinterthur aus allen Nähten platzen. Dieser Hilferuf verhallt jedoch bis heute ungehört im Dunst der links-grünen Gutmenschen. Das Tragische ist, dass Winterthur auch ohne innovative Firmen den grössten Anteil am Finanzausgleich des Kantons Zürich erhält. Lieber erstellt man den teuersten Radweg der Schweiz, als auch nur ein Anliegen der Unternehmen anzugehen. Auf der Strecke bleiben ob solchen unglaublichen Verhaltens vor allem jene, die wegen dieser weltfremden, ideologischen Sichtweise ihre Arbeitsstellen verlieren und schon verloren haben. Wenn es uns, der SVP, nicht gelingt, solchen Irrsinn zu verhindern, sieht es für den Werkplatz Schweiz in Zukunft zappen-duster aus.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Menschenkenntnis statt Genderpolizei

Die «Genderpolizei» im Zürcher Gemeinderat, aber nicht nur dort, verlangt eine «geschlechtergerechte Sprache» und versucht, diese mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln durchzusetzen.



Roberto Bertozzi
Gemeinderat SVP
Zürich Kreis 11

Dabei wendet sie viel Zeit und Energie auf für eine aus ihrer Sicht gerechte Sache und vergisst dabei, dass die Vielfalt der Menschen nicht beim Geschlecht aufhört. Beim Geschlecht handelt es sich um eine elementare Klassifikation, die die individuellen Stärken und Schwächen einer Person nicht berücksichtigt und deshalb wenig über sie aussagt. Viel wichtiger als das Geschlecht sind die persönlichen Eigenschaften, um die Eignung für Beruf und politisches Amt feststellen zu können.

Die Genderpolizei will mit ihrer systematischen Überwachung Andersdenkende aufspüren, um angeblich die «Diversität der Geschlechter und die Vielfalt der Menschen» zu fördern. Nichtkonforme Texte werden zensuriert und sanktioniert. Dabei vergisst sie, dass zur Vielfalt dazugehört, dass jeder Mensch das Recht hat, sich so mündlich und schriftlich zu äussern, wie er es für richtig hält!

Genderpolizei und Gleichmacherei

Es ist dann nicht weiter verwunderlich, dass viele Sprachpuritaner überzeugte Anhänger des Behaviorismus sind. In dieser Theorie steht nicht das Individuum mit seinen Bedürfnissen im Mittelpunkt der Betrachtung, sondern das Milieu bzw. die Umwelt und die Erziehung, die die Persönlichkeit ausschliesslich formen sollen. Sie bekämpfen nicht nur diejenigen, die im Alltag von ihren sprachlichen Vorschriften abweichen, sondern auch alle, die die biologische Grundlage als Basis für die Vielfalt der Menschen sehen. Das «menschengerechte» ersetzen die Sprachpuritaner mit dem «gendergerechten» und reduzieren so den Menschen auf sein Geschlecht.

Statt im Alltag auf Menschenkenntnis zu setzen, um die Vielfalt der Menschen zu fördern und ihnen gerecht zu werden, indem die Bedürfnisse erkannt werden, reduzieren die Sprachpuritaner ihre Bemühungen auf das Geschriebene.

Aus ihrer Sicht genügt eine geschlechtergerechte Ausdrucksweise, um den Bedürfnissen der Menschen nach Anerkennung und Förderung ihrer Talente und Begabungen gerecht zu werden. Aus meiner Sicht ist es nicht von zentraler Bedeutung, was geschrieben wird, da das Papier geduldig ist, sondern dass Menschenkenntnis gefördert wird, damit Vorurteile abgebaut werden.

Die Gefahr der totalen digitalen Überwachung

Im Zeitalter der Digitalisierung besteht nicht nur die Gefahr der systematischen Überwachung der sprachlichen Ausdrucksweise des Einzelnen, wie sie bereits heute mit den damit verbundenen Sanktionsmöglichkeiten in Politik und Wissenschaft betrieben wird, sondern es besteht eine allgemeine Tendenz zur Überwachung der Menschen, wie wir sie aus China bereits kennen.

Es ist ein ureigenes Bedürfnis zu wissen, mit wem man es zu tun hat. Dies ist evolutionsbiologisch bedingt. Als Folge davon führt die Digitalisierung zur Versuchung, die Handlungsweisen

der Menschen systematisch zu erfassen, damit diese bewertet werden können. Sozial unerwünschte Handlungen können so sanktioniert und Gefahren – echte und unechte – sollen so verhindert werden.

Menschenkenntnis gibt Gegensteuer zur «Digitalen Überwachung», indem sie jedem Individuum die Möglichkeit gibt, sich selbst ein Bild des Gegenübers zu machen und so paranoiden Entgleisungen vorzubeugen.

Durch Schulung der Sinnesorgane kann sich jeder Mensch ein eigenes Bild seiner Umwelt machen und wird so gegenüber Suggestionen zunehmend resistent. Auch wird er die Suggestion hinterfragen, ob wirklich aufgrund einer nicht-gendergerechten Ausdrucksweise andere Menschen diskriminiert werden.

AUS DEM GROSSEN GEMEINDERAT DER STADT WINTERTHUR

Verbrannter Boden für Winterthurer Gewerbe

Die Gemeinderatssitzung vom 24. Februar stand unter dem Eindruck des Wegzuges einiger Unternehmen aus Winterthur, darunter die Produktion von RIETER, der Hauptsitz von ZIMMER Biomet nach Zug und der kompletten Wegzug der Firma Wärtsilä nach Frauenfeld.



Markus Reinhard
Gemeinderat SVP
Winterthur

Die bürgerliche Ratsseite, insbesondere der SVP-Fraktionschef Thomas Wolf und FDP-Gemeinderatskollege Urs Hofer, haben sich sehr deutlich gegenüber dem Stadtrat und dem links-dominierten Rat geäussert. Anlass waren wirtschaftlich sehr fragwürdige Entscheide der vergangenen Monate und der Umstand, dass der Stadtrat den Wegzug zwar «bedauerlich», aber auch nicht weiter tragisch, fand und sich linke Exponenten im Landboten in höchst fragwürdiger Art und Weise zu diesem Verlust von wichtigen Arbeitsplätzen und dem Wegfall von Steuerfranken äusserten.

Massiver Ausbau der Verwaltung

In den letzten Jahren hat Winterthur unter der links-grünen Herrschaft viel dafür getan, dass unsere Stadt für KMU, Gewerbe und Industrie ein verbrannter Boden ist. Eine ausufernde und unkontrollierte Finanzpolitik; steter Ruf nach Steuererhöhungen; massiver Ausbau des Verwaltungsapparats, welcher dann die Unternehmen «beißt»; Verbot des Landverkaufs von der Stadt an interessierte Unternehmen; massive und realitätsfremde Einschränkungen, wie viele Parkplätze ein Unternehmen noch haben darf; eine konsequent autofeindliche Verkehrspolitik, welche zu Verzögerungen und Staus führt.

Dies nur einige der kleinen Puzzle-teilchen, welche in der Summe aber dafür sorgen, dass Winterthur für Unternehmer eine «sozialistische Hölle» ist. Die links-grüne Ratsseite und der

Stadtrat waren einmal mehr nicht in der Lage, die geäusserte Kritik und die entsprechenden Ratschläge und Massnahmenvorschläge auch nur zu verstehen, geschweige denn einmal darüber nachzudenken. In ihren Stellungnahmen wurde die Schuld für diesen Wirtschaftsexodus überall anders gesucht, als bei uns in Winterthur und der hier herrschenden Politik, so liegen die Ursachen zum Beispiel beim «bösen» Steuerwettbewerb und den «Profiteur-Kantonen».

Ein altes Sprichwort besagt, «der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht». Auf Winterthur übertragen heisst dies ganz einfach: Irgendwann – aber dann wird es zu spät sein – werden auch die Linken und Grünen merken, woher das Steuergeld für ihre sozialistische Politik gekommen ist. Dann aber wird Winterthur bereits wirtschaftlich verbrannte Erde sein.

MEDIENMITTEILUNG SVP STADT ZÜRICH

SVP ist alarmiert: Es wird immer enger – auch in Zürich

Die SVP der Stadt Zürich nimmt die heute publizierten Zahlen zum massiven Bevölkerungswachstum in der Stadt Zürich in den letzten zehn Jahren mit grosser Bestürzung zur Kenntnis. Ein derart rasantes Wachstum ist für die Stadt auf Dauer nicht erträglich. Ein Ja zur Begrenzungsinitiative am 17. Mai 2020 ist das einzige Mittel, um diese fatale Entwicklung zu stoppen.

Um rund 51 100 zusätzliche Personen ist die Wohnbevölkerung der Stadt Zürich in den letzten zehn Jahren gewachsen, von 383 000 auf 434 000. Dies entspricht einer Zunahme von rund 13,3 Prozent oder der Bevölkerung der beiden Städte Zug und Aarau. Diese Zahlen sind schlicht alarmierend. Sie untermauern einmal mehr die schädlichen Auswirkungen der vollen Personenfreizügigkeit, die seit 2007 gilt. Nicht überraschend liegt die Wachstumsrate der letzten zehn Jahre denn auch deutlich höher als in den Nullerjahren (+ 22 000) und in den Neunzigern (+ 5 000).

Infrastruktur komplett überlastet

Eine derartige Überhitzung erträgt eine Stadt wie Zürich, in der immer nur von Verdichtung geredet, diese aber nicht konkret umgesetzt wird, nicht: 51 000 zusätzliche Personen wollen alle in einer beheizten Wohnung leben, mobil sein, konsumieren, ausgehen.

Man muss kein Pessimist sein, um zu sehen, dass die Infrastruktur unserer Stadt damit nicht fertig wird: Überfüllte Trams und S-Bahn-Züge, verstopfte Strassen, Wohnungsknappheit. All dies ist bereits heute Realität und wird sich noch deutlich verschärfen, wenn die Stadt unweigerlich auf die halbe Million zusteuert. Die Rezepte der rot-

grünen Stadtregierung und Parlamentsmehrheit – Abwürgen des Autoverkehrs, Rückbau der Strasseninfrastruktur, Vergabe von künstlich verbilligten Wohnungen an die eigene Klientel – nützen nichts, sondern verstärken das Problem sogar noch.

Alarmierende Zunahme an Einbürgerungen

Verzweifelt versucht die Stadt Zürich in ihrer Mitteilung die Zuwanderungszahlen zu beschönigen, indem sie darauf hinweist, es seien erstmals mehr Schweizer als Ausländer neu in die Stadt gezogen.

Sie offenbart damit aber einen weiteren alarmierenden Missstand: Die Anzahl der Einbürgerungen lag in den Jahren seit 2010 doppelt so hoch wie in den Neunziger-Jahren. Damit bestätigt sich die von der SVP immer und immer wieder geäusserte Befürchtung, dass die Stadt Zürich das Schweizer Bürgerrecht geradezu verschleudert.

Ja zur Begrenzungsinitiative am 17. Mai 2020

Das einzige Mittel, um eine weitere massive Zunahme der Bevölkerung der Stadt Zürich zu verhindern oder zumindest zu verlangsamen, ist ein Ja zur Begrenzungsinitiative der SVP am

17. Mai. Es wird Zeit, dass wir die Zuwanderung in unser Land endlich wieder selbst steuern können und nur noch

diejenigen Ausländerinnen und Ausländer aufnehmen, die als Fachkräfte auch wirklich gebraucht werden und in unserem Land ein qualitatives und nachhaltiges Wachstum ermöglichen.

Ueli Bamert, Kantonsrat SVP,
1. Vizepräsident SVP Stadt Zürich



Die Schweiz wächst weit über ihre Möglichkeiten.

Quelle: www.randvoll.ch